

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden  
Hauptverleger: Hermann  
Kunze, Dresden, K., Wartenstraße 38/42

Bezugspreis vom 1. Okt. 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Haus 1,70 Mk.  
Wochenzugabe für Monat September 3,40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.  
Außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Gelddauer berechnet:  
die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pf., für anderwärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-  
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Reklamenseite 200 Pf., außer-  
halb 250 Pf. Chiffregebühren 30 Pf. Rückwärtige Kautionszahlung

Druck u. Verlag: Siepich & Reichardt,  
Dresden, Völkers-Ring 1008 Dresden  
Redaktion nur mit bes. Quittungsbogen  
(Dresden, K., Wartenstraße 38/42)  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Blüthner-Flügel**  
**-Pianos**  
Prager Straße 12  
Fernruf 16378

**Koffer**  
Einfach  
Waisen-  
hausstr. 23

**Café Hülfert**  
Prager Straße **Konditorei** Ecke Sidonienstr.  
Angenehmer Aufenthalt :-: Pilsner Urquell

## Unterredung Briand - Symans

### Anmögliche Räumungsbedingungen - Front gegen Müller

Genf, 4. Sept. Heute abend hat im Hotel des Bergues zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem belgischen Außenminister Symans eine längere Unterredung stattgefunden. In französischen Kreisen verlautet, daß in dieser Unterredung die Richtlinien für die morgen mit Deutschland beginnenden Verhandlungen über die Rheinlandfrage festgelegt worden sind. Zwischen den beiden Außenministern soll eine vollkommene Uebereinstimmung in dieser Frage erzielt worden sein.

Die Genfer deutsche Delegation ist Dienstagabend im Anschluß an die Sitzung des Büros der Rottverlammlung zu einer Besprechung zusammengetreten. Die allgemein erwartete erste Aussprache zwischen dem Reichskanzler Müller und Briand hat noch nicht stattgefunden. Das erste Zusammentreffen zwischen Reichskanzler Müller und Briand ist nunmehr endgültig auf Mittwoch nachmittags fünf Uhr festgesetzt worden. Man erwartet, daß der Reichskanzler die Räumungsfrage offiziell auf Grund des Art. 431 des Versailler Vertrages zur Diskussion stellen wird. Die erste Aussprache wird jedoch vornehmlich nur die Einleitung für die weiter anschließenden Aussprachen bilden. Eine zweite Zusammenkunft soll dann zwischen dem Vertreter Englands, Briand und dem Vertreter Belgiens und dem Reichskanzler Müller zustande gebracht werden.

Die Lage wird allgemein, auch in Kreisen der deutschen Delegation, als wenig günstig angesehen. Für eine Klärung der gesamten Räumungsfrage scheint kaum irgendeine Aussicht zu bestehen. Auch das Ziel, auf dem Wege der Genfer Verhandlungen klare Tatbestände zu schaffen, dürfte kaum zu erreichen sein, da man auf französischer Seite den Verhandlungen wohl nicht aus dem Wege gehen wird, jedoch keinerlei Dringlichkeit in der Regelung des Räumungsproblems zeigt, und Frankreich nach gut unterrichteten Genfer Kreisen folgende zwei Bedingungen stellen wird:

1. Regelung der Reparationsfrage, wobei man von französischer Seite deutsche Vorschläge erwartet.
2. Regelung der Sicherheitsfrage im Rheinland durch Schaffung einer internationalen ständigen Kom-

mission unter Einziehung eines Vertreters Deutschlands oder einer neutralen Kommission, die die Kontrolle im Rheinlandgebiet ausüben soll. Zu dieser Forderung hält man es in gut unterrichteten Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß von französischer Seite versucht werden wird, eine Zustimmung Deutschlands für die Ausdehnung dieser Kontrollkommission über 1935 hinaus zu erreichen.

Offensichtlich sucht man also auf französischer Seite mit allen Mitteln auf die deutsche Delegation einzuwirken, um eine reiflos klärende Aussprache zu vermeiden. Für Deutschland ist es natürlich nicht möglich, auf die französischen Vorschläge einzugehen. Infolgedessen wird die Unterredung des Reichskanzlers Müller mit Briand sich nur auf eine allgemeine Erörterung beschränken. Hinzu kommt noch, daß die französischen Pläne in Amerika Unbehagen ausgelöst haben.

### Vorsichtige Stellungnahme Englands

London, 4. September. Der diplomatische Mitarbeiter der „Morning Post“, der nicht selten über die amtliche Ansicht der britischen Regierung berichtet, legt noch einmal den Standpunkt dar, von dem sich Großbritannien bei der Beibehaltung seiner Besatzungstruppen am Rhein leiten lasse. Die Befegung sei ursprünglich als eine Garantie für die Erfüllung des Versailler Vertrages und die pünktliche Zahlung der Reparationen gedacht gewesen. Daraus ergebe sich der internationale Charakter der Befegung und die Tatsache, daß irgendwelche Schritte nur nach gemeinsamer Uebereinkunft erfolgen könnten. In Frankreich, und bis zu einem gewissen Grade auch in Belgien, sei nun eine Bewegung ausgebrochen, nach der die Fortsetzung der Befegung des Rheinlandes als eine Garantie für die Sicherheit angesehen sei. Das werde jedoch im Friedensvertrag nicht genau umschrieben und habe vom praktischen Standpunkt aus wenig zu sagen, solange Deutschland abgerüstet und am Locarno-Vertrag und dem Kellogg-Pakt beteiligt sei. Am vergangenen Sonntag sei Deutschland in das erste Jahr seiner vollen Reparationsverpflichtungen eingetreten. Es bestehe wenig Grund zu der Befürchtung, daß es den Betrag von 2 1/2 Milliarden Mark nicht werde aufbringen können. Die Befegung werde aus den Erträgen des Dawes-Planes bezahlt. Die Räumung würde daher für Großbritannien bedeuten, daß es einen wesentlich größeren Anteil aus den Reparationszahlungen erhalten würde.

## Mißbrauch des Volksentscheids

Keine Macht der Welt scheint uns davon retten zu können, daß wir in kurzem wieder in den Trübel eines Volksentscheids gestürzt werden um die Frage: Panzerkreuzer oder nicht, vertragsgemäßer Ausbau oder Zerstückelung des Restes der deutschen Kriegslotte? Die Frage ist so unsinnig wie leichtfertig. Sie enthält, so wie sie von den Kommunisten gestellt wird, nicht nur den Verzicht auf einen Teil unserer Wehrhaftigkeit, sondern darüber hinaus die Preisgabe Ostpreußens, das im Falle der Not auf die Seeverbindung angewiesen ist. Kein Zweifel also, daß die Antwort negativ im Sinne der kommunistischen Antragsteller und positiv im Sinne der Reichsmarine ausfallen wird. Die unfaßliche Mehrheit des Volkes, die nicht dem bedingungslosen Pazifismus huldigt und die von der äußersten Rechten bis hinein in die sozialdemokratischen Reihen reicht, braucht bloß unter Wiederholung der Parole: „Zu Hause bleiben!“ den Volksentscheid zu ignorieren, und der Anschlag wird mit Eleganz und Sicherheit zu Fall gebracht.

Wenn aber dieses Ergebnis von vornherein feststeht, warum müssen wir dann nach dem Willen einiger Heher wieder die Entsekelung aller Volksleidenschaften über uns ergehen lassen? Warum müssen wir es dulden, daß wochen- und monatelang alle Schleusen der Agitation geöffnet werden, daß mit dem Streit hin und her wertvolle Zeit verströmt wird, und daß wieder Millionen für nichts und wieder nichts zum Fenster hinausfliegen? Noch dazu für die Bekämpfung eines Gesetzesantrages, der von den Urheberern nicht einmal ernst gemeint ist! Denn daraus machen die Kommunisten gar keinen Hehl, daß ihnen der umstrittene Panzerkreuzer selbst Hehka ist. Rüstungsgegner sind sie nur im bürgerlichen Staat, dem sie jede Verteidigungsberechtigung abschreiben, um desto eifriger den Bau von Kriegsschiffen und Kriegsmaterial jeder Art in ihrer sowjetischen Wahlfelmat zu forcieren. Worum es geht und warum das deutsche Volk wehrlos in den kaum überhandnehmenden Wahlrudel gezogen werden soll, das ist weiter nichts als die Ausnützung einer für die Kommunisten günstigen parteitaktischen Lage zum Schaden der sozialdemokratischen Konkurrenz. Die „Sieger vom 20. Mai“ haben sich im eigenen Garn gefangen. Obwohl das sozialdemokratische Parteiprogramm keinen Pazifismus um jeden Preis kennt und obwohl die marxistischen Größen der Vorkriegszeit, Leute wie Lasalle, Jaurès und Bebel, mitunter sogar sehr kriegerische Töne angeschlagen haben, hat die Partei unter Ausnützung der wehrmüden Konjunktur der Nachkriegszeit jetzt jahrelang in Ultra-pazifismus Geschäfte gemacht und bei den letzten Reichstagswahlen gar Millionen angelockt mit dem Kampfruf: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer!“ Jetzt, wo die Ministergenossen unter dem Zwange staatspolitischer Verantwortung ihr Jawort für die erste Rate des Panzerkreuzers gegeben haben, ist natürlich der Teufel in den eigenen Reihen los. Die Massen, zehn Jahre lang mit pazifistischen Phrasen gefüttert, können diese Schwankung von der Demagogie zur praktischen Politik nicht verstehen und rebellieren. Vergebens sucht die Parteileitung in ihrer Verlegenheit nach einer plausiblen Rechtfertigung, vergebens beschimpft das Zentralorgan jeden als einen „vollkommenen Idioten“, der, ohne ein kommunistisches Parteibuch in der Tasche zu haben, für den Volksentscheid stimmt. Die Kommunisten legen ihnen lächelnd die Schlinge um den Hals, indem sie eine Zahlung der „Idioten“ veranstalten, die am 20. Mai für die Liste 1 ihre Stimme abgegeben haben. Denn es ist klar, daß jede Stimme, die über die der 3 1/2 Millionen Kommunisten hinaus für Volksbegehren und Volksentscheid abgegeben wird, als eines sozialdemokratischen Ueberläufers zu buchen ist, da das Häuflein der bürgerlichen Pazifisten um Förster und Quibde wohl dem Stimmaufwand nach, aber nicht zahlenmäßig ins Gewicht fällt.

Gewiß ist es klarer Mißbrauch einer verfassungsmäßigen Einrichtung, wenn die K. P. D., ohne das von ihr beantragte Gesetz ernsthaft zu wollen, nur zu Parteizwecken die Waffe des Volksentscheids schwingt. Aber die Sozialdemokratie hat das Recht verwirkt, ihr deshalb Vorwürfe machen zu dürfen; denn sie hat bei dem Streit um die Fürstenvermögen selbst das böse Beispiel gegeben. Und wir anderen hätten allen Anlaß, der Kahlbalderei unter den roten Brüdern Schaden froh zuzuschauen, wenn wir nicht selbst ohne unser Zutun in Mitleidenschaft gezogen würden. Mahnungen zur Vernunft, der Hinweis auf die Vergeblichkeit des ganzen Bemühens sind hier fruchtlos. Die Kommunisten wollen ihr Spielchen mit dem Volksentscheid haben und werden sich die Freude daran und die kalte Nache an den „Arbeiterverrättern“ nicht nehmen lassen. Wenn man das Uebel für die Zukunft beseitigen will, dann muß man es bei der Wurzel fassen, und die liegt in der Verfassung. Als sie in Weimar zurechtgestutzt wurde, da haben ihre Väter im demokratischen Ueberchwang alles zusammengetragen, was es in der ganzen Welt an freibestimmten Bestimmungen gab. Und um dem beherrschenden Grundlag der Volksherrschaft die Krone aufzusetzen, wurde das Schweizer Referendum als Volksentscheid mit eingebaut, ohne Rücksicht darauf, ob sich

## 1400 Opfer der Naturkatastrophen in Japan

London, 4. Sept. Nach jetzt eingetroffenen Berichten aus Tokio, hat der Taifun, der am 30. August besonders die Gegend von Kjusiu heimsuchte, beträchtliche Schäden angerichtet. Glücklicherweise ist jedoch die Zahl der getöteten Personen im Verhältnis zu dem von dem Sturm betroffenen Gebiet gering, doch schätzt man sie nach dem amtlichen Bericht auf über 500. Die Ueberschwemmungen durch den Tumen-Fluß in Nordkorea haben nach Schätzungen des dortigen Gouvernements ungefähr 900 Personen das Leben gekostet. Auch der Sachschaden soll ungeheuer groß sein.

### Die Epidemie in Griechenland

Athen, 4. Sept. Der griechische Ministerpräsident Venizelos mußte, da er von einem Anfall der zuerst in Griechenland verbreiteten Typhus-Epidemie ergriffen wurde, ins Krankenhaus gebracht werden. Es handelt sich nach Aussagen der Ärzte nur um die leichtere Form des Dengues-Fiebers, und man hofft, daß trotz dem hohen Alter die kräftige Konstitution Venizelos' der Krankheit widerstehen werde. Auch fünf Mitglieder des griechischen Kabinetts sind erkrankt. Die Zahl der Erkrankten in Athen ist weit über 100 000 gestiegen. Die griechische Regierung hat auf Anfrage aus Berlin und anderen Hauptstädten mitgeteilt, es wäre zu empfehlen, Griechenland während des Andauerns der Epidemie nicht zu besuchen. Bisher sind 389 Todesfälle in Athen und im Vorland eingetreten.

Dagegen meißt man aus Berlin, daß sich der Zustand Venizelos' verschlimmert habe. Der Ministerpräsident soll 40 Grad Fieber haben. Da er früher herzkrank war und das Denguefieber den Herzschwachen oft sehr gefährlich wird, ist ein Pariser Herzspezialist nach Athen berufen worden.

### Zum Ozeanflug nach Neuport gestartet

Le Bourget, 4. Sept. Die beiden französischen Militärflieger Alfolant und Lesèvre sind heute früh 7,03 Uhr nach Neuport gestartet. Bei Witterungsumschlag werden sie auf ihren Plan verzichtet, Neuport über die Azoren ohne Zwischenlandung zu erreichen und über Datar und Pernambuco Rio de Janeiro anfliegen und nach einer Zwischenlandung den Flug nach Neuport fortsetzen. Neben einem

am Tage der Faktunterzeichnung geborenen und „Briand-Kellogg“ getauften Händchen, befindet sich noch der geheimnisvolle Kommandeur des Flugzeuges, Armand Potti, Sohn eines bekannten Pariser Goldbesitzers, an Bord, der sich seiner Angehörigen wegen bisher unter dem Namen Levy verborg. n hatte.

Der französische Längstreckenversuch abermals mißglückt  
Paris, 4. Sept. Eine Stunde vor dem Abflug der französischen Ozeanflieger starteten Marmier und Gavreau in Le Bourget zu ihrem Rundflug für den Längstreckenversuch nach dem Start landeten die Flieger jedoch wieder in Le Bourget glatt.

### Zu geringe Produktion des Zeppelin-Brenngases

Friedrichshafen, 4. Sept. Dr. Eckener erklärte in einer Unterredung, daß die Erzeugung des Kraftgases für das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ nur sehr gering sei. Die Produktion betrug nur ein Drittel der ursprünglich zugesagten Menge, so daß der Termin der Fahrten verschoben werden mußte. Man rechnet Mitte September mit der ersten Werksstättenfahrt. Es würde sich um das Datum vom 15. bis 17. September handeln. Daraus würden die weiteren Probefahrten sofort folgen. Die erste Amerikafahrt soll im ersten Drittel des Oktober durchgeführt werden.

### Riftitz und Zimmermann kehren zurück

Berlin, 4. Sept. Wider Erwarten werden Riftitz und Zimmermann den Langstreckenflug von Moskau aus nicht fortsetzen, sondern am Mittwoch nach Dessau zurückfliegen. Der Grund dafür ist in den ungünstigen Startverhältnissen in Moskau zu suchen. Auch ist die Tatsache mitbestimmend gewesen, daß die Wettermeldungen für die nächste Zeit nicht günstig für die Fortsetzung des Fluges in das unbekannte Gebiet nach dem Osten sind.

### Flugzeugabsturz - Sechs Tote

Salt Lake City, 4. Sept. Ein Verkehrsflugzeug der Linie Salt Lake City—Great Falls ist in der Nähe von Pocatello (Idaho) abgestürzt. 6 Insassen, unter ihnen eine Frau und 2 Kinder, kamen bei dem Absturz zum Lebens (S. T. B.)